Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 10 (1930-1931)
Heft: 12

Artikel: Können wir auf Herabsetzung unserer Rüstung hoffen?
Autor: Wille, Ulrich
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-157228

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

10. Jahrg. März 1931 Heft 12

Können wir auf Herabsetzung unserer Rüstung hoffen?[1]

Von **Ulrich Wille.**

„Nie wieder Krieg!" ist die Hoffnung in der Seele vieler Menschen. Das Bild der Welt aber zeigt dem nüchternen Beobachter, daß die Kriegsgefahr unter den Völkern fortbesteht. Von der Hoffnung, die Abrüstung zu erleben, bleibt den Völkern höchstens die Hoffnung, die Rüstungen herabsetzen zu können.

Gegenwärtig erwecken zwei äußere Anlässe, auf der einen Seite die Stockung des Wirtschaftslebens und auf der andern Seite die Ankündigung der Abrüstungskonferenz, bei denen und jenen erneut den Gedanken an Rüstungsbeschränkung auch bei uns. Bestimmend für unsere Landesverteidigung dürfen aber allein die Kriegsgefahren sein, die in den Gegensätzen unter den Völkern beruhen. Diese Gegensätze sind die treibende Ursache für den Krieg und für die Rüstung. Man kann nicht oft genug der Verwechslung von Ursache und Wirkung entgegentreten, welche die Armeen als die primäre und die entscheidende Ursache des Krieges ansehen läßt. In Wirklichkeit entscheidet der jeweilige politische Gegensatz und erst in dessen Gefolge und als dessen Ausdruck kann das bedrohliche Wettrüsten den Kriegsanlaß geben. Diese Verwechslung auf die eidgenössische Landesverteidigung und deren Instrument, die Armee, angewandt, wird ein Irrtum, der als unverständig bezeichnet werden darf. Wer dieses Friedensinstrument mißversteht, dem fehlt auch das Verständnis für die Vorgänge, auf denen die Gegensätze der Völker beruhen.

„Dauert die Kriegsgefahr in Europa fort?" lautete die Überschrift einer Mitte der 90er Jahre, also wenige Jahre vor der Haager Friedens-Konferenz für das Eidgenössische Militärdepartement bestimmten Denkschrift. Deren Verfasser ist unser hochverehrter, heute im 81. Lebensjahr stehende Oberstkorpskommandant Weber, dem wir die ausgezeichnete, vor zwei Jahren erschienene Schrift verdanken: „Soll die Schweiz abrüsten?"[2]) In jener Denkschrift heißt es einleitend:

„Große, tief im Volksbewußtsein und in den Volksleidenschaften ruhende Interessenfragen werden in absehbarer Zeit noch nicht durch Schiedsgerichte gelöst werden. Dieselben Fragen und Leidenschaften, die seit Jahren, ja seit Generationen Gegensätze zwischen den europäischen Nationen erzeugen, bestehen ungeschwächt fort, auch wenn sie zeitweise schlummern."

---

[1]) Das Nachfolgende stellt einen am 9. Februar d. Js. in Zürich vom „Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz" veranstalteten öffentlichen Vortrag dar.

[2]) Heft 5 der „Veröffentlichungen des Volksbundes für die Unabhängigkeit der Schweiz", Verlag Gebr. Leemann, Zürich.

Die Denkschrift erinnert dann unter anderm daran, daß zwar nach 1815 während 39 Jahren in Europa infolge der Erschöpfung durch die napoleonischen Kriege der Friede erhalten blieb, dann aber Schlag auf Schlag der Krimkrieg, der italienische Krieg, der deutsch-österreichische, der deutsch-französische und der russisch-türkische Krieg sich folgten. Der letztere war nahe daran, ein „europäischer" zu werden.

Die Denkschrift zitiert, um den damaligen deutsch-französischen Gegensatz zu zeichnen, Thiers, der schon 1871, ein Jahr nach Sedan, sagte: „Frankreich muß in seiner ganzen Größe wieder hergestellt werden!" Und ebenso Victor Hugo, der 1875 in seinem Buch über den Rhein schrieb: „Der Zukunft ist die Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Frankreich vorbehalten. Bis dahin kein Friede! Ich spreche das mit Schmerz aus, aber mit voller Gewißheit."

Heute wäre es ein leichtes, gleich gestimmte Zitate deutscher Schriftsteller anzuführen, entsprechend den vertauschten Rollen.

Nach Darlegung der seinerzeitigen russischen Politik kommt Webers Denkschrift über die Kriegsgefahr um die Jahrhundertwende zu dem Schluß: „Der Zar hat seine Abneigung gegen den Krieg oft deutlich bekundet. Die Souveraine des Dreibundes sind unzweifelhaft friedliebend. Das französische Volk will in seiner großen Mehrheit keinen Krieg. Wie soll denn nun ein Krieg entstehen können? Die Geschichte unserer Tage zeigt uns, wie rasch solche Stimmungen und Strömungen wechseln können."

Auch in der kurzen Zeitspanne seit dem Vertrag von Versailles kann man den raschen Wechsel der Stimmungen und Möglichkeiten verfolgen. Schon während der Monate zwischen dem Waffenstillstand von Spa und dem Versaillervertrag waren die vielerorts vorhanden gewesenen guten Vorsätze zu einem ausgleichenden Frieden vergessen oder in den Hintergrund gedrängt. Die Strömung entschied, welche zur „Sicherheit Frankreichs" einem versöhnlichen Frieden nicht traute und sich Friedensbedingungen ausdachte, die auf Generationen Deutschland machtlos machen sollen.

Es wäre eine beleidigende Verkleinerung, einem Clemenceau, Foch, Poincaré den Irrtum zuzutrauen, daß der geschaffene Zustand für die Besiegten erträglich sein werde. Ebenso wäre es falsch, diesen verantwortlichen Leitern der französischen Politik unvernünftige Rachegefühle als treibendes Element zum Versaillervertrag vorzuwerfen. Ihre Absicht war nüchtern und gründlich; denn sie wollten auf so lange Zeit, als dies nach menschlichem Ermessen überhaupt möglich ist, vorsorgen, daß die Besiegten, vorab die Deutschen, außerstande seien, eine neue Gefahr für die Sicherheit Frankreichs zu werden. Solange Deutschland machtlos bleibt, ist dies eine zutreffende Rechnung. Und wir erinnern an diese dem Versaillervertrag zugrunde liegenden Auffassungen im Rahmen dieses Vortrages, der nicht Kritik an der europäischen Politik zum Zweck hat, allein, um die Hoffnung auf Herabsetzung der Rüstungen und auf Revision des Versaillervertrages auf ihre Berechtigung prüfen zu können. Dieser Grundgedanke der absoluten Sicherheit, den Frankreich bei jedem Anlaß neu betont, darf

auch nicht außer Auge gelassen werden, wenn man die Hoffnungen auf den Völkerbund bewertet. Der Zweck des Versaillervertrages, die Sicherheit Frankreichs zu garantieren, mag vielleicht vielen Völkerbundsfreunden nicht gleichzeitig auch der hauptsächlichste Zweck des Völkerbundes sein, aber niemand darf sich darüber wundern, daß jeder Franzose darin die Hauptaufgabe des Völkerbundes erblickt und darüber argwöhnisch wacht.

Bei der Beurteilung der Ausgleichsaussichten und Rüstungsbeschränkungen muß man also von dem Vorhandensein der Gegensätze rings um Deutschland ausgehen. Davon geht ohne Zweifel auch Frankreich aus, denn so allein erklärt sich die nach dem Kriege trotz Völkerbund und Kelloggpakt und, was es sonst noch an Friedensinstrumenten gibt, einsetzende gewaltige Ausgestaltung der französischen militärischen Übermacht. Wenn man die Fülle jener rings um Deutschland teils schlummernden, teils offenen Gegensätze, und außerdem die rings um Ungarn und im Balkan ebenso teils offenen, teils schlummernden Gegensätze an den Fingern aufzählt, muß man die Milliarden verstehen, die Frankreich für seine militärische Sicherheit ausgibt, und was die stark gerüsteten Verbündeten, Belgien, Polen, Tschechoslovaken, in der Rechnung über Frankreichs Sicherheit bedeuten.

Der französische Gedanke, auf die unzweideutige Art des Versaillervertrages einen Zustand zu schaffen, der einen neuen Revanchekrieg ausschließt, rechnete nach der Revolution, Entwaffnung und Demütigung Deutschlands wahrscheinlich mit der Hoffnung, das Reich zerfallen zu sehen, mit der Bildung eines Rheinstaates und der Lostrennung Süddeutschlands. Der Fortbestand des geeinigten Reiches, die zwar kleine, aber mustergültig ausgebildete Reichswehr und die schrittweise Abrückung der deutschen Jugend von links nach rechts sind für die französische Rechnung unangenehme Faktoren geworden. Es wäre unbillig, zu verkennen, daß in der Folge neue, vermehrte Rüstung rings um Deutschland durch die Sicherheit Frankreichs bedingt sind.

Der zweite unerwartete Faktor, der die ursprünglich zuverlässige Sicherung des Versaillervertrages und des Völkerbundes in Gefahr bringt, ist die unerwartete und erstaunliche Regeneration Italiens und die zunehmende Selbständigkeit Mussolinis gegenüber dem bei Kriegsende geschaffenen Zustand in Europa und Afrika. Anstatt Entente zeigt sich ein offener Gegensatz, der zwar noch nicht zum Austrag gebracht werden wird, aber eine nicht wegzuleugnende Kriegsgefahr darstellt.

Der dritte Faktor, der an sich nicht unerwartet ist, aber doch unerwartet rasch und unerwartet stark die Rechnung des durch Versailles geschaffenen und durch den Völkerbund zu schützenden Zustandes gefährdet, ist das ungeschwächte Fortbestehen der Sovietherrschaft und deren Rüstungen.

Alle diese Darlegungen enthalten eine Fülle bekannter Gegensätze, auf die hinzuweisen notwendig war, um es nunmehr der Erwägung des Lesers anheimzustellen, sich erstens die Frage „Dauert die Kriegsgefahr in Europa fort?" selbst zu beantworten und zweitens ebenso die Frage, welche

Aussichten bestehen, die Gegensätze durch Völkerbundstagungen oder Schiedsgerichte zu heilen. Daraus folgt dann schließlich, welche Hoffnung für Rüstungsbeschränkung besteht.

Poincaré, der zähe Kämpfer, der mit bewundernswerter Zielsicherheit Thiers Forderung „Frankreich muß in seiner ganzen Größe wieder hergestellt werden" ausgeführt hat und jetzt unablässig den geschaffenen Zustand hütet, hat eben jetzt wieder eine Rede gegen jede Schwächung der französischen Armee gehalten. Weil es keine internationale Wehrmacht des Völkerbundes gebe, und weil gewisse Mächte sich heimlicherweise Waffen und Munition verschaffen, bliebe für Frankreich kein anderer Weg, als sich durch eine große Armee und starke Festungen zu schützen. Und ein Erlaß des französischen Kriegsministeriums vom 28. November des letzten Jahres, also während der Tagung der vorbereitenden Abrüstungskommission in Genf, verlangt: Nachdem die vorerst angestrebte Zahl von 106,000 Reengagés in der Armee erreicht sei, müsse eine sofortige Propaganda eröffnet werden für weitgehende Erhöhung dieser Zahl, um diese in diesem Jahr schon durchzuführen. Der Hintergrund dieser Weisung ist die in Genf entworfene Konvention, deren wesentlichste Rüstungsbeschränkung darauf abzielt, vom Zeitpunkt der nächstjährigen Abrüstungskonferenz an eine Erhöhung solcher Berufssoldaten zu verbieten und dadurch auch die deutsche Reichswehr erneut und auf „ewig" bei den hunderttausend Mann zu behaften. Unbeschränkt durch die Konvention bleibt die allgemeine Wehrpflicht der andern Völker, auch die unsrige.

Ich komme zurück auf Poincarés Worte „Weil es keine internationale Wehrmacht gibt." Dieser Gedanke einer internationalen Polizeiarmee des Völkerbundes ist die bekannte Lieblingsidee auch derjenigen, die darin den Weg der nationalen Abrüstung sehen. Ein an erster Stelle im Morgenblatt der „N. Z. Z." vom 2. Februar erschienener Bericht über die Abrüstungsfrage in Holland meldet, daß neben den Sozialdemokraten auch die freisinnigen Demokraten in Holland für die nationale Abrüstung eintreten. Der Verfasser schien ebenfalls davon begeistert zu sein. Die Redaktion aber, die diese Aufmunterung zur nationalen Abrüstung im Ausland ihren Lesern mitteilt, vertraut ohne Zweifel felsenfest, daß keiner ihrer schweizerischen Leser sich von diesen Irrlehren anstecken läßt. Mir scheint die Gefahr nicht völlig ausgeschlossen.

Es bestehen im allgemeinen zwei Richtungen für die Organisation einer internationalen Wehrmacht des Völkerbundes. Die eine geht von der Untrennbarkeit des Versaillervertrages und des Völkerbundes aus und betrachtet es als eine gegebene Aufgabe von deren Schöpfer, die Wehrmacht des Völkerbundes selbst zu stellen und den Generalissimus zu liefern. Die andere möchte sich auf den reinen Boden des Völkerbundes stellen und eine wirklich international zusammengestellte und international kommandierte Völkerbundsarmee bilden. Hierher gehören jene Ideenpolitiker, die sich vorab in irgendwelcher Liga betätigen und bei uns gelegentlich daran denken, unsere Armee als internationale Polizei zur Verfügung zu stellen. Andere ähnliche Theoretiker wollen unsere bewährte Neutralitätspolitik nur für internationale Truppentransporte nach den Brandstätten des Ostens preis-

geben. Nachdem die Landrouten durch Deutschland und durch Italien kaum mehr offen stehen, laufen solche schweizerische Ideenpolitiker Gefahr, Verfechter fremder Wünsche zu werden.

Bei einigem Nachdenken müßte jedermann die völlige Undurchführbarkeit jeder internationaler Exekutionsarmee einsehen und, so schmerzlich es sein mag, darauf verzichten. Vor allem die ausgesprochen internationale Völkerbundsarmee setzt zweierlei voraus, eine absolute exekutive Völkerbundsregierung, deren Verantwortung aller Welt und niemandem gegenüber bestehen würde, und eine riesengroße Exekutionstruppe. Als Soldat beschränke ich mich auf diese zweite Voraussetzung und stelle die Frage, wo denn diese Truppen losgelöst von allen Stimmungen und Strömungen ihrer Umgebung gelagert und bei den vielen unvermeidbaren Brandstätten zersplittert in aller Welt eingesetzt werden sollen? Und wenn man die interne Löscharbeit zunächst den dazu beibehaltenen nationalen Polizeitruppen überläßt und somit die nationale Abrüstung nur teilweise vornimmt, hat dies dann wiederum zur Folge, daß die internationale Völkerbundsarmee jeder dieser Landeswehrmächte und auch einer Koalition solcher Kräfte unbedingt überlegen zu rascher Exekution befähigt sein müßte. Was das bedeutet, ist allein daraus ersichtlich, daß man im Versaillervertrag ausdrücklich nur die zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung notwendige Reichswehr bewilligt hat und zum Imschachhalten des demgemäß abgerüsteten Deutschlands ringsherum Armeen in einer Friedensstärke von vielen Hunderttausenden auf den Beinen erhält. Noch andere Bedenken gegen diese riesengroße internationale Heeresmacht anzuführen, sei hier unterlassen. Jedes für sich allein genommen ergäbe erneut die Unausführbarkeit des, oberflächlich betrachtet, bestechend anmutenden Gedankens.

Eher verwirklichbar wäre die oben zuerst genannte Übertragung des Schutzes des bestehenden Zustandes in Europa an eine Nation oder eine durch das gemeinsame Interesse am unveränderlichen Fortbestand des Zustandes fest verbundene Gruppe von mehreren Nationen, also an den oder die Schöpfer des Versaillervertrages, vorweg an Frankreich, die heutige militärische Vormacht auf dem Kontinent. Die gewisse Durchführbarkeit dieser Sicherheit für den Frieden liegt in ihrer Verwandtschaft mit dem, was zu einem guten Teil gegenwärtig die offenen und die schlummernden Gegensätze im Zaum hält. Diese Hegemonie bestand unbedingt zur Zeit der Errichtung des Versaillervertrags, ist aber heute nur noch zum Teil vorhanden.

Begreiflicherweise stammen die treibenden Stimmen, welche den Völkerbund mit einer Truppenmacht ausstatten wollen, vielfach von Franzosen und Freunden, die oft französischer sind als jene selbst. Anderwärts gehören im übrigen die Rufer nach internationaler Polizeimacht der oder jener Liga edelgesinnter Frauen an, vor allem aber den mehr oder weniger weit links stehenden Kreisen, denen die nationale Wehrmacht als Hort der Ordnung von jeher ein Dorn im Auge gewesen ist, solange sie nicht selbst Herr im Staate sind. Nichts beweist sodann mehr die zwingende Macht der Umstände als die stillschweigende unveränderte Weiterführung des Wehrwesens, wenn da oder dort eine Linkspartei die Regierung antritt.

Allein in Staaten, die völlig abseits von den europäischen Kriegsgebieten liegen und deshalb meist sowieso nur ein auf den innern Hausgebrauch zugeschnittenes veraltetes Wehrwesen besitzen, finden sich die Schulbeispiele der Abrüstung, die aber keine Beispiele sind, weil sie außerhalb der offenen und schlummernden Kriegsgefahren liegen. Englands Arbeiterpartei und Frankreichs Linksparteien bewilligen klaren Kopfes jedes Opfer für die zur Sicherheit ihres Landes erforderlichen Wehrmittel; dort die Flotte, hier das Heer, hüben und drüben die Luftgeschwader. Wenn in einer kürzlich gehaltenen Rede Paul Boncour erklärte: es sei zwecklos, nach dem Frieden zu jammern, solange die Möglichkeit fehle, die Schiedssprüche zu vollstrecken, so spricht in diesem Sozialisten der Franzose, der es als selbstverständlich betrachtet, daß seine Nation den Völkerbund und dessen Armee entscheidend zu führen berufen sei.

Noch ein Hinweis, über den die Anhänger internationaler Exekutionsheere nachdenken mögen, scheint mir nützlich zur Ernüchterung in unserer an Illusionen reichen Zeit. Eine mir unabwendbar scheinende, früher oder später eintretende Folge, nachdem die weltliche Ordnung sich auf eine so oder so organisierte internationale Heeresmacht stützen würde, und diese somit die nationale Wehrkraft überflüssig gemacht hätte, wäre, daß der „Bürger" aus Reih und Glied solcher Heere verschwände. Selbst wenn vorerst noch der französische Bürger in der von seiner Nation übernommenen Völkerbunds-Exekutivarmee seiner allgemeinen Wehrpflicht nachkäme, entstände über kurz oder lang der Übergang vom bewaffneten Volk zur angeworbenen Fremdenlegion, weiße und schwarze und gelbe Soldateska. Wie im alten Rußland die Strelitzen würde diese Leibwache des Völkerbundes auch diesen selbst kommandieren können. Es gäbe ein grausiges Erwachen aus unpolitischen Träumen. Ideenpolitik rächt sich in der Wirklichkeit. Man bleibe im Leben und in der Politik bei der Wirklichkeit. Oft scheint es, wie wenn wir, die wir in unseren eigenen eidgenössischen und engeren Angelegenheiten nüchtern urteilen, für die Vorgänge der Weltpolitik den festen Boden der Realität allzu leicht verkennen und uns in eine schöne Ideenwelt verlieren. Es hängt dies wohl damit zusammen, daß wir eine andere Außenpolitik als unsere Neutralitätspolitik nicht besitzen und unser Volksbewußtsein vielleicht ausschließlich und glücklicherweise einen allein für diese entwickelten Sinn hat. Im übrigen besitzen wir für weltpolitische Fragen keine Führung, während die großen Völker hierin ihren Führern als den Lenkern dieser Geschäfte folgen können.

Kehren wir zurück zur Wirklichkeit unserer Tage. Da ist zunächst die Stockung des wirtschaftlichen Lebens. Diese unterbindet auf der einen Seite die Austragung großer Auseinandersetzungen durch Krieg, verrät auf der andern Seite unhaltbare Zustände und treibt die Lenker der Völker auf die Suche nach neuen Wegen. Sie macht neue Kombinationen und neue Koalitionen und neue Sicherheiten notwendig. Sie veranlaßt auch die Abrüstungskonferenz. Es wäre ein Irrtum, zu glauben, daß diese wegen des deutschen Betreibens auf Einlösung im Versaillervertrag versprochener Abrüstungsmaßnahmen oder wegen der Hoffnung der Menschheit auf endliche Abrüstung angesetzt worden ist. Man hat bis jetzt gewartet und ungeheuer-

lich gerüstet und hätte die Völker und insbesondere die Deutschen noch lange warten lassen.

Die zweite Wirklichkeit unserer Tage ist die Festsetzung der Abrüstungskonferenz auf jetzt in einem Jahr. Nach menschlichem Ermessen wird sie tagen und wird die entworfene Konvention beschließen. Der Zweck der Konferenz und die vorliegende Konvention sind eng verbunden mit dem Zeitpunkt, also mit der gegenwärtigen Weltlage und der nächsten Zukunft. Die ungelösten, durch den Versaillervertrag reichlich vermehrten Gegensätze unter Europas Völkern schienen sich zeitweise zu mildern, beginnen nun aber wieder bedrohlich hervorzutreten. Die Erinnerung an die Kriegsleiden, die leeren oder halbleeren Staatssäckel und vor allem die bei einem Großteil der unzufriedenen Völker fehlenden Kanonen erhalten vorderhand den Frieden und lassen den führenden Großmächten des Völkerbundes die wünschenswerte Möglichkeit, mit Hilfe der Abrüstungskonferenz ihre derzeitig noch vorhandene Überlegenheit neu zu festigen. Wahrscheinlich ist man sich der sich langsam, aber unablässig verändernden Strömungen deutlich bewußt.

Amerika steht Europa und dem Völkerbund immer neutraler gegenüber, ein Gläubiger und wirtschaftlicher Konkurrent, der sich nur durch sein eigenes Interesse leiten läßt. Mussolini hat seinen eigenen Kopf und engagiert, wer ihm gefällt. Im Balkan fühlt sich der und jener Staat volljährig. Auch der polnische Legionärsdiktator neigt eher dazu, sich auf Frankreichs Mithilfe für seine eigene Politik zu stützen, als ausschließlich der Beauftragte Frankreichs im Osten zu sein. In Deutschland droht die Mehrheit des Volkes durch die wachsende Not, gegenüber der die Zeiten des Kaiserreiches wahrscheinlich als verlorenes Paradies erscheinen, sich von den Führern zu trennen, die ihm bei Unterzeichnung des Waffenstillstandes, des Versaillervertrages, des Völkerbundseintrittes, des Dawes- und Youngplanes und mit all den andern versöhnlichen Schritten ein besseres Los versprochen und immer mehr Not gebracht haben. In Deutschland regt sich das nationale Volksbewußtsein nicht allein in jenen, die Hitler folgen. Deutschland wird über kurz oder lang seinen Tributpflichten nicht mehr nachkommen können und dabei wird sich offenbaren, wie machtlos die Gläubigerstaaten sich voraussichtlich damit abfinden müssen. Dies kann auch andere Versuche zeitigen, sich drückenden Verpflichtungen durch stillschweigende Nichterfüllung zu entledigen.

Vor allem die mögliche Entwicklung der Stimmungen und Strömungen im deutschen Volk haben nicht von ungefähr erstens jene an sich stets unverbindlichen Stimmen amerikanischer und kürzlich auch französischer Bankherrn, die eine Milderung des drückenden Tributes erörtern, hervorgerufen und ebenso zweitens die Abrüstungskonferenz, zu der man vorher keine Eile gezeigt hatte. Dem allem entspricht offenkundig auch die entworfene Konvention.

Was die Konvention darstellt, hat nach dem Urteil darob enttäuschter Völkerbundsfreunde mit Abrüstung herzlich wenig zu tun und verdient ihren Namen nicht. Man ist gewöhnt, Mäuse anstatt Elephanten aus internationalen Rieseneiern kriechen zu sehen, und so sollen die Völker sich

über diesen hoffnungsvollen Anfang freuen. Die Konvention stellt im wesentlichen eine Beschränkung der Rüstung auf dasjenige Maß der Armeen dar, das sie im Zeitpunkt der Inkrafttretung haben werden. Es soll hier nicht untersucht sein, welche einseitigen und für wen nachteiligen Bestimmungen in der Konvention verborgen liegen. Eine davon haben wir oben genannt. Es genügt, zu erwähnen, daß die militärischen Kreise der führenden Staaten befriedigend die Löcher aufzählen, die dem Ausbau ihrer „unumgänglich notwendigen" Heerwesen gelassen werden. Auch wir Schweizer können im Hinblick auf unser Wehrwesen beruhigt sein. Etwas anderes ist es für diejenigen unter uns, die um der Aussöhnung der Völker willen auf einen auch noch so kleinen Anfang der Verständigung warten und darin auch gerne Hoffnungen schöpfen würden, in absehbarer Zeit die eigene Rüstung herabsetzen zu dürfen.

Damit ist grundsätzlich die mir gestellte Frage ohne jeden Vorbehalt verneint und es bleibt mir als höherer Führer unserer Armee nun aber auch noch die Pflicht, darzutun, inwieweit wir zur Kriegstüchtigkeit vor neuen Anstrengungen stehen, die wir nochmals wie vor dem Weltkrieg rechtzeitig machen müssen, bevor es zu einer Austragung der vielen Gegensätze in Europa kommen kann.

* * *

Unser grundlegendes Gesetz über die Militärorganisation stammt aus der Zeit vor dem Weltkrieg, während überall neue umfassende Militärgesetze geschaffen wurden. Ebenso sind die Leitung und die allgemeine Truppenordnung bei uns im wesentlichen unverändert geblieben. Ob sie zur Kriegstüchtigkeit im Zeitpunkt des Weltkrieges ausreichten, mag dahingestellt sein. Den Zweck, uns vor Krieg zu schützen, haben sie erfüllt. Die Armee war 1914 im allgemeinen ähnlich organisiert, bewaffnet, ausgerüstet und ausgebildet wie die großen Nachbararmeen. Der Unterschied lag abgesehen von der Zahl allein im Wehrsystem und in der darin begründeten kurzen Ausbildungszeit.

Die Aufgabe der Armee ist heute die gleiche wie früher. Ob der Wegfall der zwei großen Armeen im Norden und im Osten eine Erleichterung der Aufgabe ist, kann so oder so beantwortet werden. Wahrscheinlich ist dadurch einzig die Gefahr, in den Krieg der Nachbarn hineingezogen zu werden, verringert. Aber auch darüber läßt sich streiten.

Heute steht die Leitung unseres Wehrwesens vor einer Fülle von Fragen, denen man aus mancherlei Gründen ausgewichen ist. Abwarten war vielleicht unserem konservativen Volksempfinden angepaßt, und so hat man bei der bisher sich rasch weiterentwickelnden Kriegsrüstung auf alle Fälle keine Irrtümer begangen. Abwarten entsprach aber auch der fehlenden obersten Leitung. Wenn ich behaupte, daß abgewartet worden sei, so soll das nicht heißen, daß man untätig geblieben ist, man hat die schweren Maschinengewehre vermehrt, leichte eingeführt, die Wirkung der Geschütze verbessert, neue Flugzeuge angeschafft und mancherlei technische Neuerungen eingeführt, neue Ausbildungsvorschriften herausgegeben. Und doch, wenn man sich über die Entwicklung der Kriegführung im Ausland Rechenschaft

ablegt und die Kriegsmittel vergleicht, ergeben sich Unterschiede und daraus eine Fülle von Gewissensfragen, die bei uns unabgeklärt sind. Bei aller Anerkennung, die unser Wehrwesen im Ausland findet, erweckt unsere Armee dort vielfach den Eindruck, veraltet und folglich den Anforderungen heutiger Kriegführung nicht gewachsen zu sein. Wohl mag der Ausländer gelegentlich den Charakter unseres Verteidigungskampfes und den Einfluß unseres Geländes verkennen, aber es herrschen auch bei uns über die Anforderungen der heutigen Kriegführung teils unklare, teils veraltete Vorstellungen. Es kann sich bei uns nicht darum handeln, organisatorisch und taktisch fremde Vorbilder nachzuahmen. Aber gerade das macht die Entscheidung, welche Ziele und welchen Weg wir einschlagen sollen, so schwierig und ruft nach meiner Überzeugung zunächst nach besserer Ordnung der Leitung, die Aufgabe und Verantwortung an oberster Stelle von den Hemmungen der Vielköpfigkeit befreit.

Es würde den Rahmen dieses Vortrages überschreiten, hier mehr als die Hauptfrage zu kennzeichnen, vor der unser Wehrwesen steht. Der Krieg hat immer Geld gekostet und die Vorbereitung einer kriegsgenügenden Armee ebenfalls. Mit der fortschreitenden technischen und taktischen Anforderung an das Wehrwesen sind diese Kosten gestiegen und sind heute auf einer Höhe angelangt, die anderwärts und bei uns die Durchführbarkeit der allgemeinen Wehrpflicht in Frage stellen. Wenn es bis zum Weltkrieg noch möglich war, die gesamten Wehrpflichtigen in gleichartige Verbände gemischter Waffen zusammenzufassen, — mit schwerer Artillerie und einigem anderem war es auch damals unmöglich — so ist das bei der heutigen Menge an Kriegsgerät, das überdies rasch veraltet, für die Staatskasse untragbar. Die Kosten sollen für eine französische Division, wenn ihre ganz moderne Ausstattung samt Korps- und Armeetruppen mitgerechnet wird, siebenmal größer sein als vor dem Weltkrieg. Außerdem stellt das vielgestaltige Zusammenspiel der vielen Waffen und Geräte hohe Anforderungen an die Ausbildung.

Mancherlei Lösungen finden sich in den verschiedenen Armeen oder werden noch gesucht. Bei uns ist die Abklärung, ob wir einfach beim Alten bleiben dürfen oder einen neuen Weg suchen und gehen müssen, noch kaum versucht worden. Auf der einen Seite haben wir unser gespanntes Militärbudget und auf der andern Seite die offenkundigen Lücken in Bewaffnung und Material und nicht zu vergessen die gesteigerten Anforderungen an die Ausbildung. Es wäre falsch, bevor die Prüfung des für uns gangbaren Weges gemacht ist, hier ohne Begründung aufzuzählen, wo es fehlt und was geschehen soll. Zur oberflächlichen Erläuterung des Gesagten genügt es, die Minenwerfer und Infanteriegeschütze zu nennen, an Fliegerabwehr und Gasschutz zu erinnern, auch an das zunehmende Alter unserer Geschütze. Alles das muß gründlich geprüft werden und bedarf eines wohlerwogenen zielbewußten Planes. Dies ist durch die Landesverteidigungskommission auch schon an die Hand genommen worden, aber muß vielleicht noch mehr von Grund auf geschehen.

Dabei will ich nicht unterlassen, zu wiederholen, daß nach meiner Ansicht größere Auseinandersetzungen bei der heutigen Machtgruppierung in

Europa nicht möglich sind und uns folglich die Zeit zu planmäßigem Vorgehen bleibt. Zweitens wird unser Wehrwesen schrittweise, nicht auf einmal ausgebaut werden. Drittens sind noch vor der Material- und Geldfrage bessere Ausbildungsergebnisse durch einheitliche Leitung anzustreben und auch entsprechend den Anforderungen der neuen Kriegführung zunächst die Ausbildung für die Kader zu verlängern und dann für die Rekruten. Bei aller Bedeutung des Materials wiegt in unserem Wehrwesen die Ausbildung mehr, teils weil das Ausland zunächst von der Brauchbarkeit der Miliztruppe überzeugt werden muß und teils weil dem Krieg auf Schweizerboden mancherlei Schwierigkeiten drohen, die uns auch ohne vollkommenes Material die Respektierung unseres Friedens sichern. Zusammen mit der Materialfrage, Motorisierung und Mechanisierung muß der Kompromiß in der Truppenordnung gefunden werden, der die durch die Kosten des Materials bedingte Beschränkung mit der unbeschränkten Ausnutzung der allgemeinen Wehrpflicht verbindet.

An der allgemeinen Wehrpflicht zu rütteln, wird niemandem bei uns einfallen. Sie entspricht dem allgemeinen Wehrwillen des Schweizervolkes, dem einzigen Volk, das sie durch seine jahrhundertalte Geschichte stets aufrecht erhalten hat. Von ihr sagte Bundesrat Minger: „Wir haben unsere Armee nötig als Schule der körperlichen und geistigen Förderung unserer jungen Leute, als Pflanzstätte des Pflichtgefühls und des Zusammenhanges." Oder wie Oberstkorpskommandant Weber vor zwei Jahren schrieb: „Nichts kann unsere nach Sprache, Glaube, wirtschaftlichen und kulturellen Lebensbedingungen so verschieden gearteteten Volksteile einander innerlich näher bringen, als das gemeinsame Opfer für den Schutz des Vaterlandes."

Auch die unserer Armee in der Regel gestellte Aufgabe, beispielsweise zum Schutz unserer Neutralität an der französischen und gleichzeitig an der italienischen Grenze aufzumarschieren, zwingt uns zahlenmäßig stark zu sein, also die allgemeine Wehrpflicht voll auszunützen. Es stellt uns vor die Entscheidung, wie wir die beiden Forderungen: stark an Zahl und stark an Bewaffnung miteinander in Einklang bringen. Mögliche Lösungen bestehen.

Es sind große entscheidende Wehrfragen, an denen in allen Staaten unablässig gearbeitet wird. Von Herabsetzung der Rüstung ist nirgends um uns herum die Rede. Auch nicht Stillstand erlaubt uns unsere Lage im Herzen Europas. In unserem derzeitigen Wehrwesen steckt die Arbeit mühevoller hundert Jahre, um wieder zu einer innerlich gesunden Armee zu gelangen. Der ernste zuversichtliche Geist, der in den letzten Jahrzehnten erzielt wurde, kommt in Gefahr, wenn man in Volk und Armee das Vertrauen, auf der Höhe der heutigen Kriegführung zu stehen, durch allzu langes Abwarten ins Schwanken bringen würde. Nur wer unablässig arbeitet, wird gerüstet sein. So erhalten wir dem Vaterland den Frieden.